



EDITORIAL

Sehr geehrte Damen und Herren,



Thomas Risse

für das positive Feedback auf die erste Ausgabe des Governance-Newsletters möchte ich mich im Namen des SFB 700 herzlich bedanken. Wir berichten diesmal wieder über zwei Projekte, die in Räumen begrenzter Staatlichkeit forschen: Einen kritischen Einblick in die Forschungspraxis gewährt die Historikerin Ulrike Schaper, während der Politikwissenschaftler Marco Schäferhoff am Beispiel von Gesundheitsprogrammen über die Bereitstellung von Governance-Leistungen in Abwesenheit eines handlungsfähigen Staates schreibt. Außerdem freue ich mich, den nächsten SFB 700-Band ankündigen zu können: „Transdisziplinäre Governanceforschung: Gemeinsam hinter den Staat blicken“ versammelt Beiträge von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des SFB 700. Der Band erscheint demnächst in der Nomos-Schriftenreihe zur Governance-Forschung.

Auf Ihre Reaktionen und Kommentare sind wir gespannt!

Ihr

Thomas Risse
Sprecher des SFB 700

AUS DEM INHALT

„Freitags gibt es keine Akten“.....2
Wie viel Staatlichkeit ist genug?.....3

Atmosphäre, Anstöße und Austausch

Gäste bereichern den Sonderforschungsbereich 700

Für den SFB 700 – wie für die gesamte wissenschaftliche Gemeinschaft – gilt, dass wechselseitiger Austausch zum Forschen dazugehört, wie etwa beim wöchentlich stattfindenden Jour Fixe mit fachkundigen Gästen – oder durch Gastwissenschaftler/innen.

Bernhard Zangl, Professor am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien der Universität Bremen und stellvertretender Sprecher des SFB 579 „Staatlichkeit im



Bernhard Zangl

Wandel“, wird in diesem Sommersemester in Berlin zu Gast sein. Beide SFBs beschäftigen sich mit ähnlichen Fragen, wobei der Berliner SFB die Nicht-OECD-Welt, der Bremer SFB die OECD-Welt betrachtet. Zangl wird in Berlin an einem Buch zum Gesamtbild des Wandels von Staatlichkeit arbeiten und mit Marianne Beisheim, Tanja Börzel und Philipp Genschel Beiträge beider SFBs zusammenbringen. Er freut sich darauf, den Austausch zwischen den SFBs vertiefen und sich gleichzeitig ganz auf seine Forschung konzentrieren zu können.

Von November 2007 bis Mai 2008 arbeitete Susanne Buckley-Zistel in einem kleinen Büro unter dem Dach der SFB-Villa. In dieser Zeit beendete sie die Arbeit an ihrem jüngst erschienenen Buch *Conflict Transformation and Social Change in Uganda*. Für den SFB 700 verfasste sie das SFB-Governance Working Paper Nr. 15 mit dem Titel *Transitional Justice*, das in Kürze erscheinen wird. Die Wissenschaftlerin, die je ein Jahr in Ruanda und Uganda gelebt hat, vertritt derzeit Christoph Zürcher am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, bevor sie im Oktober ihr eigenes, ebenfalls am OSI angesiedeltes DFG-Projekt *The Politics of Building Peace* beginnt.



Susanne Buckley-Zistel

phh

Ankündigungen

NEUER SAMMELBAND

Im Herbst dieses Jahres erscheint bei Nomos der Band „Transdisziplinäre Governanceforschung“. Welche Strukturen, Prozesse und Ziele beschreibt Governance? Lässt sich Governance ohne den Staat denken? Aus ganz unterschiedlichen Perspektiven geben die Beiträge aus dem SFB 700 Antworten auf diese Fragen und reflektieren dabei die Stellung der Governanceforschung im Kanon der Disziplinen.

SFB 700-VORTRAGSREIHE

In diesem Monat beginnt die von Christoph Zürcher (Teilprojektleiter C1) organisierte Vortragsreihe:

„Conflict Research, Peace-Building, State-Building“

Mehr Informationen auf der SFB-Webseite.

Mo., 07.07.2008, 16 Uhr - Deborah Avant, University of California, *Interactions among Governors and the Control of Violence in Weak States*

Fr., 18.07.2008, 16 Uhr - Stephen Stedman, Stanford University, *International Institutions and the Challenge of Managing Civil Violence*

Mo., 20.10.2008, 16 Uhr (t.b.c.) - Nicholas Sambanis, Yale University, *The Demand for Sovereignty: From Decentralization to Secession*

Mi., 12.11.2008, 16 Uhr - Gerald Schneider, Universität Konstanz, *War Profiteers? How Political Violence Influences the Oil Price*

Mo., 01.12.2008, 16 Uhr - Lars-Erik Cederman, ETH Zürich, *Democratization and Civil War*

Fr., 16.01.2009, 16 Uhr - James Fearon, Stanford University, *An Experiment-based Evaluation of an NGO's Attempt to Build Local-level Democratic Institutions in Post-conflict Liberia*

„Freitags gibt es keine Akten“

Recherche im Nationalarchiv in Yaoundé, Kamerun

Ulrike Schaper arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt B4 (Leitung: Sebastian Conrad), das den Zusammenhang von Wissen und kolonialer Herrschaftspraxis im deutschen und japanischen Kolonialismus untersucht. Im Rahmen dieser Arbeit beschäftigt sie sich unter anderem mit der Sammlung von afrikanischen Rechtsbräuchen, die im Zusammenhang der Organisation kolonialer Gerichtsbarkeit vorgenommen wird, sowie der Einbindung von lokalen Gerichtsinstitutionen in die Herrschaftspraktiken der deutschen Kolonialregierung in Kamerun 1884-1916. Für diese Arbeit recherchierte sie zwei Monate im Nationalarchiv Kameruns, in Yaoundé und Buea.



Die Öffnungszeiten des Archivs in Buea...

im Nationalarchiv in der kamerunischen Hauptstadt Yaoundé.

Die erste Hürde der Recherche besteht darin, das Archiv zu finden. „Neben dem Justizpalast“ ist die genaueste Beschreibung, die man erhält. Aber auch dieser ist ohne Hilfe schwer zu lokalisieren. Er ist zumindest nicht auf dem groben Stadtplan im Reiseführer verzeichnet – und andere Karten gibt es kaum. Also muss man sich an jemanden halten, der Bescheid weiß. In Kamerun braucht man für viele Dinge jemanden, der Bescheid weiß. Beim Lesesaal des Archivs handelt es sich um ein einstöckiges Gebäude. Man tritt direkt von draußen in einen Raum mit vier Tischreihen und einem Sammelsurium unterschiedlicher Stühle. In den Regalen ringsherum befindet sich jede Menge Papier: Zeitschriften, Aktenkartons mit Dokumenten, Findbücher. Leider findet man im Archiv niemanden, der den Bestand der deutschen Akten kennt. Die Recherche ist ein mühseliges Geschäft. Der Katalog zu den deutschen Beständen besteht aus einigen Karteikästen, die schon mehrfach auf den Boden gefallen sein müssen: In ihnen herrscht komplettes Chaos. Akten zur Malariabekämpfung sind direkt hinter solchen zu Gerichtsgebühren zu finden. Dazu ist ein Teil der Dokumente überhaupt nicht zu finden. Manchmal liegen sie einfach ungeordnet im Regal. Manchmal tauchen sie auch gar nicht wieder auf. Das Auswerten der Quellen ist ein schmutziges Handwerk, der Staub bleibt an den verschwitzten Fingern kleben. Kunstvolle Fraßgänge in den Akten verweisen auf die Arbeit von Würmern und Insekten, und hin und wieder zeigen getrocknete Kotkrümel an, dass auch Nager sich zwischen den Papieren aufhalten.

Wer als Historikerin Material sucht, geht ins Archiv. Wenn man sich mit Kolonialgeschichte beschäftigt, ist das Archiv mitunter weit weg. So liegen zum Beispiel die Akten der „Verwaltung des deutschen Schutzgebietes Kamerun“ heute hauptsächlich

„**Korruption hat sich in die alltäglichen Verhaltensregeln und Routinen eingeschrieben.**“

Doch schmutzig wird die Arbeit manchmal noch in anderer Hinsicht. Kamerun gilt als eines der korruptesten Länder der Welt. Korruption hat sich in die alltäglichen Verhaltensregeln und Routinen eingeschrieben. Staatsangestellte werden schlecht bezahlt. Sie nutzen die finanzielle „Motivierung“ von Tätigkeiten, die in ihren Aufgabenbereich fallen, als zusätzliche Einnahmequelle. Auch im Archiv ist man mit diesem Problem konfrontiert. Zuerst fallen die Schilder auf: „Bekämpft Korruption“, „alle Leistungen in diesem Archiv sind kostenlos“. Trotzdem wird bei jedem



...und Akten im Archiv in Yaoundé. (Fotos: U. Schaper)

Bestellvorgang eine Gebühr abgefordert. Die Preise für Kopien variieren je nach Mitarbeiter. Ebenso merkt man schnell, dass ein im Voraus gegebenes Trinkgeld zur Suche nach verschollenen Akten führt. So wird man Teil des Systems. Und dafür wird man – zwar ohne Folgen, aber völlig zu Recht – zur Rede gestellt, von dem Teil des Personals, das nicht von diesen Trinkgeldern profitiert. Die Bezahlung der Leistung führe dazu, dass sie eben nicht umsonst angeboten wird. Zudem treiben ausländische Forscher und Forscherinnen die Preise in die Höhe. Das stimmt. Aber die Nichtbezahlung führt eben auch meist dazu, dass die Leistung nicht erfolgt. Man kann vielleicht durchsetzen, für eine Aktenbestellung nichts zu zahlen. Aber man ist so sehr von der Gunst des Personals abhängig, dass man es sich lieber nicht mit ihm verscherzt. Es gibt keinerlei andere Hinweise auf die Regeln der Benutzung, als das, was man gesagt bekommt. Damit ist es schwer, auf sein Recht zu pochen.

„Freitags gibt es keine Akten“, heißt es eines Tages wie selbstverständlich, „da räumen wir die fertig bearbeiteten Akten zurück ins Depot.“ Danach sieht es nicht aus. Das war noch an keinem Freitag so. Aber an der performativen Kraft dieser Aussage gibt es nichts zu deuteln.

Ulrike Schaper

Wie viel Staatlichkeit ist genug?

Erfolgreiche Tuberkulose-Bekämpfung durch den Global Fund in Somalia

Unter welchen Bedingungen stellen transnationale Public Private Partnerships (PPPs) effektiv Kollektivgüter in Räumen begrenzter Staatlichkeit bereit? Diese Fragestellung untersucht das SFB-Projekt D1 „Erfolgsbedingungen transnationaler Public Private Partnerships in den Bereichen Umwelt, Gesundheit und Soziales“ (Leitungsteam: Marianne Beisheim/Thomas Risse/Andrea Liese).

Öffentlich-private Kooperationen werden zunehmend als „neue“ Formen des Regierens diskutiert, die dort kollektive Güter bereitstellen sollen, wo staatlichen Akteuren die Kapazität oder Bereitschaft zum Handeln fehlt. In Bezug auf die Effektivität von PPPs stellt sich dabei auch die Frage, wie viel (Rest-)Staatlichkeit diese Kooperationen zur wirksamen Herstellung von Kollektivgütern benötigen. In der sozialwissenschaftlichen Forschung wird eine „effektive Gebiets Herrschaft“ häufig als eine notwendige Hintergrundbedingung für das effektive Handeln von PPPs angesehen. Ein staatliches Gewaltmonopol, das ein Mindestmaß an Sicherheit und Rechtsdurchsetzungsfähigkeit garantiert, ist demnach eine zentrale Voraussetzung für die Effektivität von PPPs.

Stimmt diese Annahme, haben wir es mit einem Dilemma zu tun. Denn die Staaten mit geringem Staatlichkeitsgrad sind diejenigen, die am stärksten auf die Hilfe von PPPs angewiesen sind. Bleiben zerfallen(d)e Staaten wie Afghanistan oder Liberia also unweigerlich auf der Strecke, da Kollektivgüter weder durch den Staat noch durch PPPs bereitgestellt werden? Neue empirische Ergebnisse widersprechen diesem pessimistischen Szenario. Wie die Arbeit einer vom Teilprojekt D1 untersuchten Gesundheitspartnerschaft zeigt, ist die effektive Bereitstellung kollektiver Gesundheitsgüter in zerfallen(d)en Staaten durchaus möglich. Im Zentrum der Feldforschung standen bislang die Programme des „Global Fund To Fight AIDS, Tuberculosis and Malaria“ (Global Fund) in Somalia. Seit 1991 ist Somalia de facto regierungslos und von Bürgerkriegen zerrüttet. Während sich mit Somaliland im Norden ein relativ stabiler Quasi-Staat herausgebildet hat, herrschen in den beiden anderen Teilen Somalias – Puntland und Zentralsomalia – lokale Clans und Kriegsherren. Die Sicherheitslage ist ebenso prekär wie die humanitäre Situation. Angesichts dieser Bedingungen erscheint eine effektive Güterbereitstellung mehr als unwahrscheinlich.

Entgegen den Erwartungen sind die Programme des Global Fund recht erfolgreich verlaufen. Während in den Bereichen HIV/AIDS und Malaria zumindest erste vielversprechende Erfolge erzielt werden konnten, wird das Tuberkulose-Programm sogar als sehr erfolgreich eingeschätzt. Seit 2005 werden mit den vom Global Fund bereitgestellten Finanzmitteln Medikamente erworben, Krankenstationen zur Behandlung von Tuberkulosepatienten errichtet und lokales Personal trainiert. Da allein bis Mitte 2006 über 20.000 Somalis erfolgreich behandelt werden konnten, erhielt das Programm nach zwei Jahren die bestmögliche Bewertung im Evaluierungsverfahren der Partnerschaft (Rating „A“). Auch persönliche Interviews, die mit über 20 beteiligten Akteuren von internationalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen und dem Sekretariat des Global Fund durchgeführt wurden, bestätigen die Programmeffektivität.

Was ist das Geheimnis des Erfolges? Werden die Partner dazu befragt, wird erstens auf die gute Zusammenarbeit und die gute Programmorganisation verwiesen. Ins Leben gerufen wurde das Programm vom Gesundheitskomitee des „Somalia Aid Coordination Body“ (SACB). Das SACB besteht aus Vertretern von internationalen Organisationen, NGOs und Geberorganisationen und wurde wegen der Instabilität Somalias in Nairobi gegründet, um internationale Hilfsaktionen für Somalia zu koordinieren. Nachdem das SACB erfolgreich einen Finanzierungsantrag an den Global Fund gestellt hatte, wurde die NGO „World Vision“ zur für die Programmdurchführung verantwortlichen Organisation bestimmt. Interviewpartner bescheinigen World Vision ein hervorragendes Management und betonen die gute Zusammenarbeit der Partner – was im hart umkämpften „aid business“ nicht immer der Fall ist. Wichtig ist auch das strikte Monitoring des Tuberkulose-Programms, das sowohl von World Vision selbst als auch von der italienischen NGO „Comitato Collaborazione Medica“ durchgeführt wird, um auf die Probleme in



Anmeldung an einer Krankenstation
(Foto: tesium, creative commons - some rights left)

den somalischen Tuberkulose-Stationen zu reagieren. Zweitens gilt die Kooperation der beteiligten NGOs mit den lokalen Autoritäten als Erfolgsfaktor. Solche Kooperationen sind kein problemloses Unterfangen, sondern beruhen auf gegenseitiger Akzeptanz. „Ohne Akzeptanz der lokalen Bevölkerung kann ein Programm nicht effektiv sein“, berichtet Harun Rashid Osman, der für die NGO Mercy USA arbeitet, die ein Krankenhaus in Mogadishu betreibt. Doch Beziehungen zwischen internationalen und lokalen Akteuren müssen wachsen – es braucht Zeit, um diese Akzeptanz zu gewinnen. Sobald jedoch lokale Akteure die erbrachten Serviceleistungen als „Gut“ ihrer lokalen Gemeinschaft verstehen, können Programme erfolgreich – wenn auch häufig nicht reibungslos – verlaufen, selbst, wie Harun betont, an so instabilen Orten wie Mogadishu.

Das Tuberkulose-Programm ist ein Beispiel für die erfolgreiche Bereitstellung von Kollektivgütern in einem Raum zerfallen(d)er Staatlichkeit. Obwohl es mit großen Herausforderungen verbunden ist, können auch unter schwierigen Bedingungen Serviceleistungen im Gesundheitsbereich erbracht werden. Wie Studien über den Global Fund zeigen, ist Somalia nicht das einzige Beispiel hierfür. Allerdings muss auch auf einige offene Fragen hingewiesen werden. Erstens ist es fraglich, wie erfolgreich komplexere Probleme als Tuberkulosebekämpfung in fragilen Staaten bearbeitet werden können. Zweitens stellt sich die Nachhaltigkeitsfrage. Wenn Nachhaltigkeit nur erreicht werden kann, indem staatliche Akteure systematisch in Programme miteinbezogen werden, muss das kurzfristig nicht unbedingt förderlich für die Programmeffektivität sein. Dieser potentielle Zielkonflikt sollte im Fokus wissenschaftlicher Forschung bleiben.

SFB-Governance Working Paper Series – Neuerscheinungen

Koehler, Jan/Zürcher, Christoph 2007: Assessing the Contribution of International Actors in Afghanistan. Results from a Representative Survey, SFB-Governance Working Paper Series, No. 7, DFG Research Center (SFB) 700, Berlin, October 2007.

Hönke, Jana/Kranz, Nicole/Börzel, Tanja A./Héritier, Adrienne 2008: Fostering Environmental Regulation? Corporate Social Responsibility in Countries with Weak Regulatory Capacities. The Case of South Africa, SFB-Governance Working Paper Series, Nr. 9, DFG Sonderforschungsbereich 700, Berlin, February 2008.

Benecke, Gudrun/Friberg, Lars/Lederer, Markus/Schröder, Miriam 2008: From Public-Private Partnership to Market. The Clean Development Mechanism (CDM) as a New Form of Governance in Climate Protection, SFB-Governance Working Paper Series, No. 10, DFG Research Center (SFB) 700, Berlin, April 2008.

Trebesch, Christoph 2008: Economic Governance, SFB-Governance Working Paper Series, Nr. 11, DFG Sonderforschungsbereich 700, Berlin, Mai 2008.

Schuppert, Gunnar Folke 2008: Von Ko-Produktion von Staatlichkeit zur Co-Performance of Governance. Eine Skizze zu kooperativen Governance-Strukturen von den Condottieri der Renaissance bis zu Public Private Partnerships, SFB-Governance Working Paper Series, Nr. 12, DFG Sonderforschungsbereich 700, Berlin, April 2008.

Benecke, Gudrun/Branović, Željko/Draude, Anke 2008: Governance und Raum. Theoretisch-konzeptionelle Überlegungen zur Veräumlichung von Governance, SFB-Governance Working Paper Series, Nr. 13, DFG Sonderforschungsbereich 700, Berlin, Mai 2008.

Beisheim, Marianne/Dingwerth, Klaus 2008: Procedural Legitimacy and Private Transnational Governance. Are the Good Ones Doing Better?, SFB-Governance Working Paper Series, No. 14, Research Center (SFB) 700, Berlin, June 2008.

Eine Online-Übersicht der bisher schon erschienenen Publikationen finden Sie auf unserer Website. Dort stehen sie auch zum Download bereit.

Leitung des SFB 700

Sprecher
stellv. Sprecherin
wiss. Geschäftsführer

Prof. Dr. Thomas Risse
Prof. Dr. Ursula Lehmkuhl
Dr. Lars Brozus



Forschungsprogramm des SFB 700

Governance ist zu einem zentralen Thema sozialwissenschaftlicher Forschung geworden. Der SFB 700 fragt nach den Bedingungen von Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit, d.h. in Entwicklungs- und Transformationsländern, zerfallen(d)en Staaten in den Krisenregionen der Welt oder, in historischer Perspektive, verschiedenen Kolonialtypen. Wie und unter welchen Bedingungen werden Governance-Leistungen in den Bereichen Herrschaft, Sicherheit, Wohlfahrt und Umwelt in Räumen begrenzter Staatlichkeit erbracht, und welche Probleme entstehen dabei? Der SFB 700, gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), hat seine Arbeit 2006 aufgenommen.

Kontakt

Freie Universität Berlin
Sonderforschungsbereich (SFB) 700
Alfried-Krupp-Haus Berlin
Binger Str. 40
14197 Berlin
Germany
Tel.: +49-30-838 58502
Fax: +49-30-838 58540
E-Mail: sfb700@zedat.fu-berlin.de
Web: www.sfb-governance.de
Redaktion/Layout: Philipp Haaser (phh), Christine Rollin

Partnerorganisationen des SFB 700

Sprecheruniversität:
Freie Universität Berlin

Universität Potsdam

Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Hertie School of Governance (HSoG)

European University Institute
Florence (EUI)

